

Aktuelles

Ukraine-Krise

Rückzug schwerer Waffen vereinbart

Beim Treffen der Außenminister Russlands, der Ukraine, Frankreichs und Deutschlands haben sich die Konfliktparteien auf einen Abzug schwerer Waffen verständigt. Außenminister Steinmeier

sagte, die Einigung bedeute "keinen Durchbruch", es habe aber "wahrnehmbare Fortschritte" gegeben.



Auswärtiges Amt



Das Vierer-Außenministertreffen in Berlin brachte Fortschritte im Ukraine-Konflikt.

Foto: ddp images/Getty Images/Gallup

Bei ihrem vierten Treffen im "Normandie-Format" haben die Außenminister Russlands, der Ukraine, Frankreichs und Deutschland Fortschritte erzielt. So soll unter anderem die Kontaktgruppe in den nächsten Tagen wieder zusammenkommen.

Nach den mehrstündigen Verhandlungen äußerte sich Steinmeier vorsichtig: "Sollte es tatsächlich zur Realisierung dessen kommen, was wir heute vereinbart haben, dann sind wir jedenfalls heute ein Stück näher an dem Gipfel in Astana."

Menschenleben schonen - Truppen entflechten

Angesichts der zahlreichen Todesopfer nach erneuten schweren Kämpfen in der Donbass-Region einigte man sich in einer Gemeinsamen Erklärung in drei wichtigen Punkten:

- Die Konfliktparteien stellen die Feindseligkeiten ein und ziehen ihre schweren Waffen zurück.

- Die Rückzugs- bzw. Demarkationslinie entspricht dabei den Vereinbarungen von Minsk.

- Die OSZE kontrolliert die Umsetzung der Maßnahmen.

Die Bedingungen für einen tatsächlichen Waffenstillstand müssten rasch hergestellt werden, um humanitäre Hilfe leisten und Gefangene austauschen zu können. Russland habe zugesagt, den hierfür notwendigen Einfluss auf die Separatisten auszuüben.

Die sogenannte Kontaktgruppe aus OSZE, Vertretern der Regierungen Russlands, der Ukraine und prorussischen Separatisten müsse schnellstmöglich zusammenkommen. In Arbeitsgruppen sollten dann konkrete weitere Schritte vereinbart werden.

Nach dem Aufflammen neuer Kämpfe in der vergangenen Woche hatte Steinmeier eine "bedrohliche Lage" in der Ostukraine konstatiert. Auf Wunsch der Ukraine und Russlands hatte er deshalb seine Amtskollegen Laurent Fabius, Sergej Lawrow und Pawlo Klimkin nach Berlin eingeladen, um erneut Wege zu einer politische Lösung zu suchen. Im Vorfeld des Treffens hatten Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Bundeskanzlerin Angela Merkel alle Konfliktparteien zu Kompromissbereitschaft aufgerufen. Zentrales Ziel bleibt die Umsetzung des Minsker Abkommens.

Der Eskalation entgegnen

Der deutsche Außenminister mahnte die Dringlichkeit einer Waffenruhe an: "Den Preis dafür, dass es keine Umsetzung der Minsker Vereinbarung gibt, zahlen die Menschen in der Region: Diejenigen, die dort täglich sterben, verletzt werden und unter mangelnder Versorgung leiden." Nicht nur die Menschen litten, auch die Wirtschaft in der Ukraine und in Russland werde erheblich beeinträchtigt. "Das ist ein Zustand, der so nicht anhalten kann", bekräftigte Steinmeier.

"Es geht jetzt vor allem darum, eine weitere Verschärfung der militärischen Auseinandersetzungen und dann auch eine erneute politische Eskalation zwischen Kiew und Moskau zu verhindern. Das ist jede Anstrengung wert", hatte der Minister im Vorfeld der gestrigen Begegnung erklärt.

Im Zentrum: das Minsker Abkommen

"Obwohl die Lage sehr schwierig ist, finde ich es richtig, dass sich die vier Außenminister treffen", hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Rande ihres Treffens mit dem aserbaidschanischen Präsidenten Aliyev in Berlin erklärt. Ziel sei auch zu überlegen: "Gibt es Fortschritte bei einer Vorbereitung eines eventuellen Vierer-Gipfels dann auch in Astana?" Diesbezüglich warnte die Kanzlerin: "Wir wollen nicht wieder ein Treffen auf der Ebene der Präsidenten, das zum Schluss keine Ergebnisse bringt."

Schließlich habe sich in den letzten Tagen herausgestellt, "dass der Waffenstillstand brüchiger und brüchiger wird und dass wir uns im Augenblick eher von dem Minsker Abkommen entfernen, als dass wir uns auf das Minsker Abkommen zubewegen." Dieses sei jedoch "nach wie vor die Grundlage der Gespräche", betonte Merkel. Bislang hätten sich sowohl die Ukraine als auch Russ-

land immer zum Minsker Abkommen bekannt. "Ich hoffe, dass das auch so bleibt."

Am 6. Juni 2014 traf sich Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Wladimir Putin, Petro Poroschenko und François Hollande am Rande des Weltkriegs-Gedenkens in der Normandie. Es war die erste Begegnung der Staatschefs Russlands und der Ukraine seit Beginn der Krise. Seither werden die Treffen mit Beteiligten der vier Länder "Normandie-Format" genannt. Ein weiteres Treffen der Staats- und Regierungschefs in Astana, der Hauptstadt Kasachstans, hängt von Verhandlungsfortschritten ab.

Gefährliche Zuspitzung

Regierungssprecher Steffen Seibert hatte am Mittwoch bekräftigt, die Bemühungen der Bundesregierung gingen unermüdlich weiter, zu diplomatischen Lösungen beizutragen. Man verfolge in Berlin mit großer Sorge, wie sich die Kampfhandlungen rund um den Flughafen von Donezk verschärften. "Dafür tragen die Separatisten durch ihren Versuch Ende vergangener Woche, diesen Flughafen einzunehmen, eine besondere Verantwortung - entgegen der vereinbarten Waffenruhe", stellte Seibert klar und appellierte an alle Konfliktparteien, die vereinbarte Feuerpause zu respektieren.

Außenamtssprecher Martin Schäfer ergänzte, die Bundesregierung sei "zutiefst davon überzeugt", dass es für die aktuelle Krise im Osten der Ukraine "ganz sicher keine militärische Lösung" gebe. "Weder die Separatisten, noch der ukrainische Staat - so glauben wir - wird bis auf Weiteres diesen Konflikt militärisch gewinnen können. Das geht nicht. Sondern es gibt nur eine politische Lösung, die durch Dialog auf den Weg gebracht werden muss."

Kompromisse notwendig

Im Anschluss an den EU-Außenministerrat, der am 19. Januar in Brüssel zu Ende ging, hatte Steinmeier die gegenwärtigen Probleme in der Ukraine-Krise geschildert. Trotz intensiver Kontakte blieben die Verhandlungen mit den Konfliktparteien "ein mühsames Geschäft". Der Minister erläuterte: "Wir sind in der Situation, dass sich alle Seiten täglich und wöchentlich auf das Minsker Protokoll beziehen, das auch alle Seiten als Grundlage des weiteren politischen Vorgehens begreifen. Allein: Bei der Umsetzung kommen wir nicht genügend schnell, in manchen Bereichen gar nicht vorwärts."

Einer der wichtigen Punkte, "der entscheidend ist für alles weitere, was danach kommt", ist laut Steinmeier die Fixierung der sogenannten Entflechtungslinie entsprechend der Minsker Vereinbarungen vom September 2014. Sie sei die Voraussetzung dafür, zu einer Entzerrung der kämpfenden Verbände zu kommen. Sie sei auch die Voraussetzung dafür, OSZE-Beobachtermissionen

Bundesbeauftragter führt politische Gespräche in Budapest

Seine Teilnahme an der zentralen Gedenkfeier zur Erinnerung an die Vertreibung und Verschleppung der Ungarndeutschen in Bogdan/Dunabogdány nutzte der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, für politische Gespräche in Ungarns Hauptstadt Budapest.

In der deutschen Botschaft erörterte Koschyk mit dem Gesandten der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn, Klaus Riedel und dem Botschaftsreferenten für Kultur und Bildung, Dr. Jens Waißel, die Förderpolitik zugunsten der deutschen Minderheit in der Republik Ungarn. Koschyk zeigte sich erfreut, dass durch die Entscheidung des Bundestages hinsichtlich des Haushaltes 2015 die Unterstützung der deutschen Minderheit in Ungarn auch im Jahr 2015 auf dem gleichen Förderniveau fortgeführt wird.

Koschyk traf auch mit der stellv. Ombudsfrau für die Rechte der Nationalitäten in Ungarn, Dr. Erzsébet Sándor Szalayné, zusammen. Mit ihr diskutierte er die Einschätzung über die ungarische Wahlgesetzgebung, die zwar Erleichterungen für den Einzug von Minderheitenvertretern ins ungarische Parlament vorsah, bei den letzten Parlamentswahlen jedoch nicht ermöglichte, dass Vertreter der 13 nationalen Minderheiten in Ungarn ein vollwertiges Abgeordnetenmandat erreichten, sondern lediglich sogenannte Sprecher entsenden konnte. Der an dem Gespräch teilnehmende Sprecher der Ungarndeutschen in der Ungarischen Nationalversammlung, Imre Ritter, berichtete jedoch über eine intensive Diskussion im ungarischen Parlament die Wahlgesetzgebung zu Gunsten der nationalen Minderheiten für künftige Wahlen zu verbessern. Die stellv. Ombudsfrau für die Rechte der Nationalitäten in Ungarn kündigte gegenüber Koschyk an, die religiös-seelsorgerische Situation der nationalen Minderheiten, sowie deren Bildungs- und Kultureinrichtungen in diesem Jahr eingehender zu untersuchen. Koschyk vereinbarte mit Frau Dr. Erzsébet Sándor Szalayné eine Inten-

vor Ort bringen und humanitäre Hilfe leisten zu können.

Es seien Kompromisse erforderlich, "die man als schmerzhaft empfunden mag, die aber notwendig sind im Sinne eines fairen, vernünftigen Gebens und Nehmens, um einer Lösung näherzukommen", so Außenamtssprecher Schäfer am Mittwoch.

Donnerstag, 22. Januar 2015

sivierung der Zusammenarbeit, gerade was den Erfahrungsaustausch über die Minderheitenpolitik in beiden Ländern anbelangt.

In der ungarischen Nationalversammlung traf Koschyk mit dem Parlamentsvizepräsidenten und stellv. Vorsitzenden der Ungarn-Deutschen Parlamentariergruppe, Dr. Gergely Gulyás, zusammen. Auch mit ihm erörterte Koschyk im Beisein des Sprechers der Ungarndeutschen in der Ungarischen Nationalversammlung, Imre Ritter und dem Vorsitzenden der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, Otto Heinek, Verbesserungen der Wahlgesetzgebung zu Gunsten der nationalen Minderheiten in Ungarn. Dr. Gergely Gulyás begleitet nämlich auch das Amt des Legislativ Ausschusses der Ungarischen Nationalversammlung, der eine zentrale Rolle bei der Verabschiedung von Gesetzen durch das ungarische Parlament spielt. Weitere Gesprächspunkte mit dem Parlamentsvizepräsidenten waren der Russland-Ukraine Konflikt, die Minderheitensituation in der Ukraine, insbesondere die Lage der ungarischen und deutschen Minderheit dort sowie Stand und Perspektiven der deutsch-ungarischen Beziehungen.

Im Haus der Ungarndeutschen nahm Koschyk an der Präsentation des Projektes über die Digitalisierung des Erbes der Ungarndeutschen teil, das von der Bundesregierung gefördert worden ist. Im Rahmen des Projekts sollten Ausstellungsobjekte aus ungarndeutschen Museen beziehungsweise Heimatstuben digitalisiert und im Internet verfügbar gemacht werden. Das Projekt umfasste von Beginn an auch eine entsprechende Fortbildung ungarndeutscher Museumsmitarbeiter und Leiter von Heimatstuben. So wurden diese beispielsweise im Bereich Objektfotografie und dem entsprechenden Computerprogramm zur Digitalisierung geschult. Für das Digitalisierungsprojekt konnten die Heimatstuben von Császártöltés, Dunaharaszti, Himesháza, Somberek und Vecsés als Partner gewonnen werden. Daneben schlossen sich die Sammlungen von Budaörs, Budakeszi, Budafok und Nagytétény an das Digitalisierungsprojekt an.

Die Projektpartner befinden sich in unterschiedlichen Regionen von Ungarn, wodurch sich ein entsprechend repräsentatives Bild über die Objektvielfalt der ungarndeutschen Heimatstuben ergibt. Insgesamt wurden bislang 978 Museumsobjekte digitalisiert. Das Projekt soll in Kürze neben der ungarischen Sprache im Internet unter www.Muzeumdigital.hu auch in deutscher Sprache zur Verfügung stehen

Abschluss von Koschys Aufenthalt in Budapest bildete eine gemeinsame Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung Budapest und der Landesverwaltung der Deutschen in Ungarn, bei der der ungarische Staatssekretär für Nationalitätenfragen Miklós Soltész und Bundesbeauftragter Koschyk über die Bemühungen beider Regierungen zur Förderung der jungen Generation der deutschen Volksgruppe in Ungarn berichteten. So hat der ungarische Staat die Fördermittel für die muttersprachliche und kulturelle Identitätswahrung der jungen Ungarndeutschen erheblich ausgeweitet. Koschyk machte deutlich, dass die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit der Ungarndeutschen einen Schwerpunkt der Unterstützungsleistung der

Bundesregierung für die Ungarndeutschen darstellt.

Der Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Budapest, Frank Spengler, berichtete dass die Konrad-Adenauer-Stiftung einer Führungskraft der ungarndeutschen Jugendorganisation ein Stipendium für ein Studium an der deutschsprachigen Andrassy Universität in Budapest gewährt habe. Der Vorsitzende der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, Otto Heinek, legte die Maßnahmen der Ungarndeutschen dar, verstärkt Jugendliche an „Führungsaufgaben“ der Landesverwaltung heranzuführen. Bei der Veranstaltung stellten junge Vertreter der Ungarndeutschen verschiedene Maßnahmen zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit vor.

Bundesbeauftragter Koschyk zeigte sich von der Nachwuchsarbeit der Ungarndeutschen sehr beeindruckt. Koschyk wörtlich: Durch die Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit, die von beiden Regierungen maßgeblich unterstützt werden, werden jetzt die Weichen für eine dauerhafte Zukunft der deutschen Volksgruppe gestellt!“



Dr. Jens Waibel (Referent für Kultur und Bildung an der Deutschen Botschaft in Budapest), Imre Ritter (Sprecher der Ungarndeutschen in der Ungarischen Nationalversammlung), Dr. Erzsébet Sándor Szalayné (stellv. Ombudsfrau für die Rechte der Nationalitäten in Ungarn), Hartmut Koschyk (Mitglied des Deutschen Bundestages, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten), Frank Spengler (Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung)

IMPRESSUM

ZEITUNG "ORENBURGER ALLGEMEINE". Reg. Nr. E-0145 „Mitglied im IMH-Netzwerk deutschsprachiger Auslandsmedien (www.deutschsprachig.de)“

Chefredakteur: Andrej Tichomirow. Redaktion: Leonid Reisich.

E-Mail: orenburgerallgemeine@narod.ru Website: <http://gazetavseti.narod.ru/orenburgerallgemeine.htm>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Textnachdruck nur gegen Copyright-Vermerk: Zeitung "Orenburger Allgemeine".

Bei der Deutschen Nationalbibliothek: <http://d-nb.info/1058396579>